

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

NEUNZEHNTES JAHR

DEZEMBER 1968

10

GÜNTHER ECKSTEIN

Präsidentenwahl in USA

I

Am 5. November 1968 wurde *Richard Nixon* zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Seine Stimmenmehrheit betrug kaum 300 000 aus einer Gesamtstimmenzahl von 70 Millionen (43,6 vH der abgegebenen Stimmen gegen 43,2 vH für *Hubert Humphrey* und 13,2 vH für *George Wallace*). Das macht seinen Sieg fast ebenso knapp wie seine Niederlage gegen *John F. Kennedy* im Jahre 1960; dieser hatte nur eine Mehrheit von 120 000 oder 0,2 vH der Stimmen. Bei der Beurteilung des Wahlergebnisses, insoweit es die Stimmung der Wähler ausdrückt, muß man freilich die Stimmen für Wallace den Nixon-Stimmen zuzählen und kommt dann auf eine eindeutige Rechtsmehrheit.

Andererseits ist das amerikanische Wahlsystem mit seinen 538 Elektoren, das dem Sieger in jedem Einzelstaat die gesamten Elektorenstimmen dieses Staates zuspricht, so beschaffen, daß eine Stimmenverschiebung von weniger als 2 vH in einigen Schlüsselstaaten (etwa Illinois, California, New Jersey) Humphrey einen Sieg gebracht hätte. Daß dieser überhaupt dem Sieg so nahe kommen konnte — trotz seiner Belastung durch die Identifizierung mit dem *Johnson*-Regime und durch die Begleitumstände seiner Kandidatur in Chicago —, das war eine der Überraschungen dieses an politischen Überraschungen überreichen Jahres.

Freilich spiegelt der Wahlausgang gleichzeitig auch die Zerrissenheit der amerikanischen Gesellschaft im Gefolge des Vietnamabenteuers und der Polarisierung in der Rasenfrage wieder. Nixon und Wallace nutzten die allgemeine Unzufriedenheit mit einem vor vier Jahren mit überwältigender Mehrheit gewählten Präsidenten, der das Land in jenes Abenteuer immer tiefer verstrickt hatte und der trotz guten Willens diese Polarisierung nicht verhindern konnte.

Die *Demokratische Partei* als die lebendigere der beiden Parteien ist von den sozialen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte am stärksten betroffen. Sie beruhte bis vor kurzem auf der von *Roosevelt* zusammengeschweißten Koalition des südlichen Establishments und der breiten Massen der nördlichen Großstädte, repräsentiert durch die Gewerkschaften und die politischen Bosse, von denen Bürgermeister *Daley* in Chicago der letzte Überlebende ist. Diese Koalition, welche seit 1932 fast ununterbrochen die Kongreßmehrheit stellte und — mit Ausnahme der *Eisenhowerjahre* — auch die Präsidentschaft, ist neuerdings mehr und mehr ins Wanken gekommen. Die südstaatliche Oberschicht hat

sich im Verlauf der Emanzipierung der Neger mehr und mehr, ihrer Klassenlage entsprechend, den Republikanern genähert; die neue politische Koalition von Negern und liberalen Weißen hat sie bisher in den Südstaaten noch nicht ersetzen können. Im Norden ist die Kontrolle der Wähler aus den unteren Schichten durch die Großstadtbosse und die Gewerkschaftsführung in dem Maß geschwächt, in dem die Arbeiter und sonstigen Angehörigen der Einwanderergruppen an den Segnungen der „*Affluent Society*“ teilnehmen und in die Vorstädte abwandern.

Ihren Platz als solide Basis für die Demokraten haben die Neger eingenommen. Andererseits hat sich eine neue weiße gebildete Mittel- bzw. Oberschicht entwickelt — Akademiker, Studenten, Techniker und Manager, auch gewisse wohlhabende Geschäftsleute —, die an die Politik mehr von intellektuellen als von Standesinteressen herangeht und von ihr auch einen anderen Stil erwartet. Diese Menschen fanden ihr Sprachrohr in Senator *Eugene McCarthy*, während Humphrey mehr an die alten Stützen der Partei appellierte, und der Mann, der die beiden Gruppen auf sich hätte vereinigen können, im Juni auf tragische Weise ausgeschaltet worden war.

Der Parteitag in Chicago war wohl der letzte unter der Kontrolle der „alten“ Politiker; durch verschiedene organisatorische Maßnahmen legte er die Basis für eine allmähliche Umstellung auf die neue Situation. Die Amtszeit Nixons wird überdies den jungen Anhängern McCarthys mit ihrem ethisch und ästhetisch orientierten Radikalismus eine Einführung in die Realitäten der Politik geben. Ihre Stimmhaltung, zusammen mit derjenigen mancher „*Black Power*“-Neger mit ihrer Ablehnung der gesamten weißen Gesellschaft, mag in einigen Staaten — etwa in Kalifornien — entscheidend zu Humphreys Niederlage beigetragen haben.

Wichtiger noch war freilich die Zustimmung, die der dritte Kandidat, George Wallace, in Kreisen des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft fand, vor allem auch unter den besser gestellten gewerkschaftlich organisierten. Diese Menschen, oft aus den sogenannten „ethnischen“ Gruppen stammend (Polen, Tschechen, Italiener, Iren), die sich durch Anstrengung und Entbehrung in den Besitz eines gesicherten Arbeitsplatzes und eines kleinen Eigenheims emporgearbeitet hatten, fühlen sich nun durch den Vorstoß der Neger in beidem bedroht. Sie finden, daß man diesen das Fortkommen zu leicht macht, und sie grollen den negerfreundlichen wohlhabenden Liberalen in ihren unbedrohten reichen Vorstädten und deren studentischer Jugend mit ihren radikalen Ideen, langen Haaren und betont ordinärer Sprache.

In Wallace fand sich zum erstenmal seit *Huey Long* in den dreißiger Jahren ein proto-faschistischer Demagoge, der — in Anlehnung an alte populistische Traditionen an diese aufgestauten Gefühle und Interessen des „kleinen Mannes“ appellierend — seinen politischen Einfluß über den Süden hinaus aufs ganze Land auszudehnen suchte. Daß ihm das nicht gelang, das ist — neben den Bemühungen der Gewerkschaften — vor allem dem amerikanischen Wahlsystem zu danken, welches den Wähler ermutigt, seine Stimme nach politischen Gesichtspunkten abzugeben, anstatt sie in einer afrekativen oder weltanschaulichen Demonstration zu vergeuden. So kam es, daß Wallace's Erfolg nicht über die Kernstaaten des Südens hinausreichte und daß schon in den Grenzstaaten (Texas, Kentucky, Tennessee) sein Stimmenanteil auf unter 20 vH fiel, um an der Westküste und im Nordosten auf 4 bis 8 vH zu verkrümeln. Nur in den Industriestaaten des Mittelwestens mit einem starken Kontingent ethnischer Gruppen konnte er es bis zu 10 bis 12 vH bringen. Freilich sind die dieser potentiell faschistischen Gefahr zugrundeliegenden sozialen Probleme keineswegs einer Lösung nahe, und weder Umfang noch Intensität der von Wallace angesprochenen Gefühle haben in der erreichten Stimmenzahl ihren vollen Ausdruck gefunden. (Er beging außerdem den großen Fehler, einen scharfmacherischen hohen Militär zum Vizepräsidentenskandidaten aufzustellen.)

Inzwischen konnte Nixon, reich finanziert von *Big Business* und gestützt auf die traditionellen republikanischen Hochburgen im agrarischen Mittelwesten und Westen, mit der Forderung nach „Gesetz und Ordnung“ genügend unzufriedene Stimmen in einigen industriellen Staaten (Illinois, Ohio) und in Kalifornien an sich ziehen, um das noch vor einem halben Jahr für ihn unerreichbar scheinende Präsidentenamt zu erringen.

II

Vvas für ein Mann ist Richard Nixon, und welche Politik ist von ihm zu erwarten? Es ist ungemein schwer, seine Person und seine Überzeugungen zu ergründen. Selbst Menschen, die ihn lange Zeit aus der Nähe beobachten konnten, stehen vor einem Rätsel. Seine Laufbahn zeigt, daß sein hervorstechender Charakterzug ein brennender Ehrgeiz ist und die Bereitschaft, ihn mit allen Mitteln zu verfolgen. Schon auf dem College und der Universität wurde er Vorsitzender der Studentenorganisation. Nach seiner Entlassung aus dem KriegSchenst (in der Marine) im Jahre 1946 wandte er sich bald in seinem Heimatstaat Kalifornien der Politik zu. Gegen jeweils liberale demokratische Gegner gewann der 33jährige zunächst einen Sitz im Repräsentantenhaus und vier Jahre später im Senat. Seine Wahlkämpfe zeichneten sich durch ungewöhnlich scharfe und an die Grenze des Erlaubten streifende Mittel aus. Er ritt die antikommunistische Welle jener Zeit und gewann nationale Beachtung durch seine erfolgreiche Entlarvung der prussischen Tätigkeit von *Alger Hiss*, eines hohen Ministerialbeamten in der Zeit des *New Deal*. Das brachte ihm die Vizepräsidentschaft unter Eisenhower ein, und führte dann zum ersten Versuch auf das Amt des Präsidenten im Jahre 1960. Die knappe Niederlage gegen John F. Kennedy war ein harter Schlag; noch bitterer zwei Jahre später die Niederlage in der Wahl zum Gouverneur des Heimatstaates Kalifornien. Es zeugt von dem Ausmaß seines Ehrgeizes, daß er nach einer äußerst lukrativen Tätigkeit als Syndikus großer Korporationen nun, von langer Hand vorbereitet, erneut den Versuch machte, das höchste Amt des Landes zu erringen.

Wie wird Nixon, nun da sein Ehrgeiz gestillt ist, die Interessen der Nation interpretieren? Seine Äußerungen im Wahlkampf waren eher opportunistisch als programmatisch und geben wenig Anhaltspunkte für seine wirklichen Absichten. Er war klug genug, sich nicht im Detail festzulegen, und er ist klug genug, um die innen- und außenpolitischen Grundprobleme der Vereinigten Staaten zu erkennen. Von Hause aus konservativ, mit engen Beziehungen zum Großkapital, wird er wohl eher eine deflationäre Wirtschaftspolitik verfolgen, wenn auch nicht über einen Punkt hinaus, an dem die Arbeitslosigkeit bedrohlichen Umfang annähme. Die Großstadtprobleme kann er nicht übersehen; er wird aber zurückhaltend in bezug auf staatliche Sozialprogramme sein und vielmehr versuchen, indirekt die Privatwirtschaft durch Steuervergünstigungen zur Arbeitsbeschaffung und zur wirtschaftlichen Hebung der Ghettabewohner anzuregen und den Negern bei der Begründung eigener Unternehmen behilflich zu sein. In diesem Punkt trifft sich Nixon ironischerweise mit den Ideen der radikalen *Black Power-Leute*, die eine separate schwarze Wirtschaft aufziehen möchten.

Darüber hinaus hat Nixon einen weiteren Ausbau des Rüstungsprogramms angekündigt, was wohl nicht nur Wahlkampfretorik war. Außenpolitisch wird er zwar zweifellos den Kurs der Entspannung und Kooperation mit der Sowjetunion fortsetzen, wünscht aber, aus einer Position der militärischen Stärke heraus zu verhandeln. Ähnliches gilt für die Pariser Verhandlungen über Vietnam: auch Nixon wird den Krieg nicht wieder ausdehnen, vielmehr ihn in dieser oder jener Form liquidieren müssen. In der Europa-Politik dürfte sich wenig verändern; dagegen wird gegenüber Lateinamerika und den Entwicklungsländern wohl die alte privat-kapitalistische Einstellung wieder in den Vordergrund rücken. Die Beibehaltung *McNamara's* an der Spitze der Weltbank würde hier allerdings einen großzügigeren und sozialeren Kurs signalisieren.

Man wird bei alledem — und das gilt ebenso sehr für die innere Wirtschaftspolitik - freilich nicht vergessen dürfen, daß die moderne Großkorporation, deren Exponent Nixon ist, schon seit einiger Zeit gelernt hat, die stabilisierende Wirkung einer wohlfahrtstaatlichen Politik nach innen und außen zu schätzen. Die manipulierte Gesellschaft wird in ihm einen klugen und geschickten Manipulator finden. Im übrigen ist ja das Manövriertfeld selbst des mächtigsten Amtes der mächtigsten Nation ein begrenztes. Nach außen stößt es auf die fremden Mächte; nach innen steht Nixon vor der — seit 1844 nicht mehr vorgekommenen Situation — daß er sein Amt mit einem Kongreß antritt, in dessen *beiden* Häusern die Gegenpartei die Mehrheit hat. Das darf freilich nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß in dieser Wahl — wie vorher schon in anderen Ländern — die fortschrittlichen Kräfte eine Niederlage erlitten haben, die zum großen Teil selbst verschuldet ist.